

Der Beirat für Blumenthal fordert die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa auf in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Wasser- und Schifffahrtsamt Bremen sowie mit dem Bremischen Deichverband und ggf. weiterer erforderlicher Stellen und Behörden, eine Prüfung für einen Schiffsanleger am/ in unmittelbarer Nähe zum „Denkort Bunker Valentin“ in Auftrag zu geben (Machbarkeitsstudie). Neben einem Schiffsanleger am/ in unmittelbarer Nähe zum Denkort, soll der Prüfauftrag auch einen auf kurzem Wege angelegten barrierefreien Zugang vom Schiffsanleger zum Gelände des Denkortes Bunker Valentin beinhalten.

- Aus der Machbarkeitsstudie sollen verschiedene Varianten von möglichen Standorten eines Schiffsanlegers in unmittelbarer Nähe zum „Denkort Bunker Valentin“ hervorgehen. Des Weiteren sollen die möglichen Bauweisen und die zu erwartenden Kosten mit aufgeführt werden.
- Die Machbarkeitsstudie soll Aufschluss darüber geben und Beratungsgrundlage dafür sein, dass es zukünftig einen Schiffsanleger am „Denkort Bunker Valentin“ geben könnte und mit welchen Kosten dieses verbunden wäre. Wichtig für die weitere Beratungsfolge ist auch zu ermitteln, welche Wegstrecken z.B. in der Mobilität eingeschränkte Personen auf sich nehmen müssten, um den „Denkort Bunker Valentin“ erreichen zu können.
- Die Machbarkeitsstudie wird als erforderlich angesehen, da bereits ab dem Jahr 2015 seitens des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen Interesse am Erhalt zumindest einer Löschbrücke der ehemaligen Hafenanlage des Tanklagers Farge gezeigt wurde, um eine Anlegestelle für Besucher des Denkortes zu erhalten. Diese Idee ist auch damals auf Zustimmung beim Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Bremen gestoßen, jedoch insgesamt ergebnislos geblieben, da die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) diese Gesamtfläche, soweit sie nicht zur Hochwasserschutzsicherung an den Deichverband abzutreten ist, als Kompensationsflächen für Maßnahmen der Wasserschifffahrtsverwaltung des Bundes gebraucht werden. Die BImA hat Bundesbehörden mit Vorrang zu versorgen.
- Eine darauffolgende Auftragserteilung an bremen ports für eine Prüfung von Alternativen zur wasserseitigen Erschließung des „Denkortes Bunker Valentin“ beinhaltet eben nicht eine Machbarkeitsstudie für einen Alternativstandort in unmittelbarer Nähe zum Denkort und sollte nachgeholt werden.

Weitergehende Begründung:

Mit Blick auf die gesellschaftliche Entwicklung muss von einer deutlichen Zunahme rassistischer, antisemitischer und faschistischer Taten und Gesinnungen in jeglichen Bereichen des Zusammenlebens gesprochen werden (vgl. hierzu vergangene aber auch aktuelle Medien- und Presseberichte). Dieses stellt eine große Bedrohung für die Sicherheit in Deutschland dar.

Rassismus gibt es nicht nur am rechten Rand der Gesellschaft. Personen werden aufgrund ihrer Hautfarbe, ihres Nachnamens, ihrer Religion, ihrer Kleidung in Schulen, bei Bewerbungen oder der Wohnungssuche benachteiligt bzw. kommen durch tätliche Angriffe zu Schaden. Veröffentlichte Droh-E-Mails oder sogar im Internet veröffentlichte Feindeslisten sollen betroffene Personen einschüchtern und zu Zielobjekten – auch für andere – werden lassen.

Der „Denkort Bunker Valentin“ kann hierzu mit Aufklärung, Sensibilisierung und Immunisierung Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, sich bei vergleichbaren Szenarien von Rassismus und Faschismus widerstandsfähig zu erweisen, dagegen zu solidarisieren und Zivilcourage zu leben, damit aus Beobachtern keine Täter, Opfer oder Denunzianten werden. Der Denkort Bunker Valentin trägt dazu bei – wie andere Gedenkstätten auch – diesem somit entgegenzuwirken und sich mit Vergangenen auseinanderzusetzen. Vergangenes darf nicht vergessen werden, es muss in den Köpfen der Menschen bleiben, damit derartiges zukünftig verhindert wird.

Derartige Gedenkstätten und –orte müssen von allen Seiten „erreichbar“ sein. Daraus folgernd auch der „Denkort Bunker Valentin“ über die Wasserseite.

Durch einen Schiffsanleger wird die Möglichkeit eröffnet, dass Fahrten z.B. durch Barkassen direkt zum Denkort ermöglicht werden können. Darüber hinaus bestünde die Möglichkeit, dass andere Fahrgastschiffe aus Bremen, Bremerhaven, Brake, Oldenburg etc. ebenfalls Anlanden und Festmachen könnten.

SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP und Die Partei im Beirat Blumenthal

